

Herbert Wöltge

Die Unausrottbaren? Anmerkungen und Notizen zur Gründung der Leibniz-Sozietät¹

Am 15. April 1993 haben 49 Akademiemitglieder den Verein Leibniz-Sozietät gegründet. Sie beschlossen eine Satzung und wählten einen Vorstand: den Biochemiker Samuel Mitja Rapoport als Vorsitzenden, den Historiker Ernst Engelberg als Stellvertreter und den Philosophen Wolfgang Eichhorn als Schatzmeister.

Die Reihen der Gründer sind heute, nach 20 Jahren, gelichtet, viele sind nicht mehr unter uns, andere haben sich zurückgezogen. Was auch immer sie damals getrieben hat: Sie haben vor 20 Jahren eines der ungewöhnlichsten Unternehmen der jüngeren Akademiegeschichte in die Wege geleitet.

Von diesem Unternehmen soll hier die Rede sein, mit Blick auf einige historische Abläufe und mit einigen Bemerkungen zum heutigen Zustand.

Der Titel des Vortrags enthält zwei Aussagen:

Er gibt erstens die Behauptung wieder von der Unausrottbarkeit des Produkts, das Mitglieder der Gelehrtensozietät damals in die Welt gesetzt haben – eine Vermutung, die von einem politischen Gegner der Gelehrtensozietät stammt: vom Vorsitzenden der Planungsgruppe zur Neukonstituierung einer Akademie der Wissenschaft in Berlin, Christian Meier. Er befürchtete am 22.8.1991 in einem Brief an die Berliner Wissenschaftsverwaltung, die zu dieser Zeit damit befasst war, Wege zur Eliminierung der Gelehrtensozietät zu finden, vor Gericht könnte die „Entlassung“ all ihrer Mitglieder keinen Bestand haben. Es könnte sein, „dass uns ein Gericht den Tatbestand einer, aufs ganze gesehen, **unausrottbaren societatis** beschert“².

Die Sozietät hat diesen Ausspruch wenig später als Signalwort aufgegriffen, weil er dem damaligen politischen Trotzverhalten, dem festen Willen zum Weiterbestehen und der noch vagen Zukunftsvorstellung einen gewissen

1 Erweiterter Text des Vortrags in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 14. März 2013

2 Hervorh. HW, zit. in: Wöltge 1995, S. 161

Ausdruck verlieh. Und so unrecht hatte der Münchener Althistoriker Meier, der unfreiwillige Titelgeber für den heutigen Vortrag, nicht: Die Sozietät ist nicht von der Bildfläche verschwunden. Sie ist nicht *gänzlich vernichtet, ver-tilgt, beseitigt*, wie es der Wortsinn *ausrottbar* besagt. Sie hat überlebt, und sie hat weitergelebt. Sie wird in diesen Tagen 20 Jahre alt.

Zum Zweiten das Fragezeichen. Es deutet die Skepsis an, ob die Sozietät sich auf die im Unausrottbaren verborgene Voraussage dauerhafter Existenz verlassen kann und sich wirklich als für absehbar immer bestehend sehen darf. Hier eröffnet sich, im Spielraum zwischen den Antipoden Wunsch und Zweifel, zwischen Wunderglauben und Wirklichkeit, ein weites Feld von Problemen.

Der Vortrag beabsichtigt, zunächst die historische Erinnerung an die Vorgänge zu Beginn der 90er Jahre zu beleben. Nicht in narrativem Sinne oder vordergründig faktologisch, sondern unter einem Gesichtspunkt, der sich mit den Jahren immer mehr nach vorn geschoben hat: Welchen besonderen Umständen verdankt es die Sozietät, dass sie heute und in dieser Form existiert? Dies impliziert drei aufeinanderfolgende Fragen, denen hier nachgegangen werden soll:

- Warum ging die Gelehrten-gesellschaft nicht mit der DDR unter wie andere Institutionen der DDR-Wissenschaft?
- Warum überlebte die Gelehrtensozietät danach zwei Jahre unter völlig neuen Bedingungen und warum entstand sie schließlich als Leibniz-Sozietät neu?
- Warum entstand sie als Leibniz-Sozietät nicht nur neu, sondern lebte weiter, während andere Einrichtungen, die ebenfalls überlebten oder neu entstanden, nicht mehr existieren?

Für diese existenziellen Phasen – Nicht-Untergehen mit der DDR, Überleben in den Unruhen der Wiedervereinigung, Weiterleben im vereinigten Deutschland – lassen sich in der Tat jeweils spezielle Umstände benennen. Walter Schmidt hat vorgeschlagen, dies unter dem Aspekt der Bruchstellen in der Entwicklung der Gelehrten-gesellschaft zu erörtern. Bruchstelle soll bedeuten: Es gibt prinzipielle wesentliche Änderungen der Existenzweise, die benennbar sind. Wir werden versuchen, soweit das möglich ist, diese Änderungen in den einzelnen Phasen deutlich zu machen.

Das trifft auch auf die Phase *Weiterleben* zu, deren Radius in Umrissen bis an das Ende der Amtszeit des ersten Präsidenten im Jahre 1998 gezogen wird. Darüber hinaus wird das Urteil schwierig, weil die Sozietät danach offensichtlich in eine neue Entwicklungsphase eintrat, und nicht zuletzt deshalb,

weil aktuelle Befindlichkeiten berührt werden und fundierte Aussagen vielfach noch offen sind. Deshalb wird der Vortrag in einem zweiten Teil nur auf einige Punkte hinweisen, die das Weiterleben und die heutige Existenz der Leibniz-Sozietät kennzeichnen. Mehr als eine vorläufige empirische Beschreibung ist an dieser Stelle nicht zu erwarten. Zu erwarten sind lückenhafte Befunde und gelegentliche Vermutungen. Es wäre schon viel erreicht, wenn die hier vorgelegten Aussagen dazu dienen, einen tragfähigen empirischer Befund von Merkmalen des jetzigen Zustands der Sozietät vorzubereiten, der als Grundlage für solide Analysen dienen kann.³ Was sich aus diesen Befunden für die Gestaltung der heutigen Umstände mit Blick auf die Zukunftssicherung der Sozietät anbietet, wird weitgehend offen gelassen.

Zu Beginn noch eine Anmerkung zur terminologischen Präzision: Der Terminus *Gelehrten-gesellschaft* taucht in den Dokumenten der AdW erstmals im November 1989 auf (übrigens hier auch erstmals der Terminus *Forschungsgemeinschaft* für die Gesamtheit der Institute der Akademie, vorher in festumrissener Bedeutung nur für die naturwissenschaftlichen Einrichtungen). Mit dem Einigungsvertrag und in dessen Vorbereitung wird die Gelehrten-gesellschaft zur *Gelehrtensozietät* der Akademie der Wissenschaft der DDR. Ab 15. April 1993 bezeichnet sie sich als *Leibniz-Sozietät*.⁴

I. Vorbereitung des Bruchs: Die Akademie im Auflösungsprozess ihrer politischen und gesellschaftlichen Umgebung DDR

Von November 1989 bis Januar/Februar 1990 hat die Akademie nacheinander ihre Bindung an die führende Rolle der SED, an den Sozialismus und an die DDR gelöst. Es entstanden neue Strukturen, demokratisch gewählte Reformgremien, mit dem Höhepunkt der Präsidentenwahl im Mai 1990, aus der Horst Klinkmann als Präsident hervorging, eine historische Besonderheit im Leben der Akademie, und, soweit das zu überblicken ist, auch unikal in der europäischen Akademiegeschichte. Es war eine bewegte Zeit der Hoffnungen und Vorstellungen von Selbstbestimmung und Selbsterneuerung, von Auto-

3 Vermutlich wird diese Analyse von außen kommen müssen, denn im Augenblick verspürt die Sozietät kaum eine Neigung, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Die Außensicht ihrerseits wird noch einige Zeit auf sich warten lassen, vor allem weil das Interesse an dem Thema bei den Historikern noch nicht erwacht ist und weil sie wegen des miserablen Zustands der Quellen und des nicht vorhandenen Archivs auf keinerlei authentisches dokumentarisches Material zugreifen können.

4 Ausführlich zur Terminologie s. Wöltge 2010.

nomie und Staatsferne etc., wie wir heute wissen, durchaus illusionäre Vorstellungen.

Auf ein Faktum inmitten dieser wechselnden Imaginationen muss in unserem Zusammenhang besonders hingewiesen werden: In allen unterschiedlichen Entwürfen und Zukunftseinfühlungen hat sich die Akademie stets als *Einheit von Gelehrten-gesellschaft und Forschungsgemeinschaft* begriffen. Zwar gab es im Plenum in den Wendemonaten auch Erwägungen, beides zu trennen, doch diese fanden keine Mehrheiten und wurden nicht entschlossen verfolgt. Die Akademie versuchte, sich mit diesem Modell in die beginnende deutsche Einheit einzupassen und bot sich als *Verbund* von Gelehrten-gesellschaft und Forschungsgemeinschaft an, diese wiederum (in einer Version von April 1990) als bestehend aus Helmholtz- und Leibniz-Gesellschaft⁵. Mit dieser Verbund-Idee wollte sie als eigene Säule in der kommenden gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft bestehen.

Auf der Vorstellung von dieser Säule ruhte das bis Jahresmitte 1990 mühevoll entstandene Gebäude der neuen Struktur der Akademie mit Konsilium, Senat, Hauptversammlung und Vorstand der Forschungsgemeinschaft, Wissenschaftlichen Räten an den Instituten, Räten der Institutsvertreter und Sprecherräten. Aber als die Akademie noch dabei war, dieses kunstvolle Gerüst verschiedenartiger neuer, demokratisch legitimierter Strukturen aufzubauen und darin erste Schritte zu unternehmen, hatte sich – wie wir heute wissen – die bundesdeutsche Seite längst anders entschieden. Für sie kam nach einer längeren Verständigungsphase zwischen Bund, Ländern und Wissenschaftsorganisationen eine überregional ausgerichtete Wissenschaftsorganisation in den Neuen Bundesländern nicht in Betracht.

Zwei Belege sollen an dieser Stelle angeführt werden.

Andreas Stucke, heute Referatsleiter im Wissenschaftsrat, schrieb: Es war *„anfangs durchaus offen, ob es im Zuge der Vereinigung zu separaten Wissenschaftsstrukturen in Ostdeutschland kommen würde. Bund, (alte) Länder und Wissenschaftsorganisationen waren sich deshalb frühzeitig einig, dass eine weitere organisatorische Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems nicht wünschenswert sein könne.“*⁶

5 Die Leibniz-Gesellschaft sollte den stabilen Kern der Forschungsgemeinschaft bilden und die Einheit von Grundlagenforschung und Angewandter Forschung umfassen. Die Helmholtz-Gesellschaft sollte Institute mit vorwiegend ergebnis- und verfahrensorientierter Forschung aufnehmen. S. Jahrbuch 1994, 265f.

6 Stucke 2010, S. 369

Auch Olaf Bartz, dem die Archive des Wissenschaftsrates offenstanden, spricht (in seiner Arbeit über den Wissenschaftsrat zu dessen 50. Geburtstag) davon, dass seit dem März/April 1990 „für die westdeutsche Wissenschaftspolitik der Übergang von der Kooperationsphase in eine ‚strategische Positionierungsphase‘ festzustellen ist. ...Gesonderte DDR-Strukturen wurden immer weniger als wünschenswert angesehen.“⁷ Und weiter unten betont er, es herrschte Einmütigkeit: „Die Wissenschaftsorganisationen wollten ihr Operationsgebiet auf die DDR ausdehnen, an der Etablierung separater DDR-Einrichtungen war niemandem gelegen“⁸

Diesen Vorstellungen entsprach dann auch der Textentwurf des Einigungsvertrages. Hier, in Art. 38 Einigungsvertrag, wird der entscheidende historische Bruch prädestiniert, von dem wir hier sprechen müssen, er wird im Einigungsvertrag festgeschrieben. In Art. 38/(2) Einigungsvertrag heißt es: „Mit dem Wirksamwerden des Beitritts wird die Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt. Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen.“⁹

Das bedeutet: Die Einheit der Akademie als Verbund von Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft wird mit Wirksamwerden des Einigungsvertrages aufgelöst. Etwa ab Mitte Juli 1990 hat die Akademie diesen Bruch, den Verlust dieser Einheit, vor Augen und muss sich in ihrem Denken und Handeln von ihrem Modell einer Forschungsakademie verabschieden, das sie vierzig Jahre lang aufgebaut und erfolgreich praktiziert hatte und das akademiehistorisch auch heute noch als institutioneller Fortschritt gilt. Dieses Modell wird mit dem Beitritt in Deutschland nicht mehr existieren, weder als sozialistische noch als eine andere Forschungsakademie. Es hat in der Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik keine Entsprechung. Die Institute werden unter die Kulturhoheit und in die Verfügungsgewalt der Länder geraten, nachdem die überregionalen Wissenschaftsorganisationen sich die für sie nützlichen Teile gesichert haben (für die übernommenen Potenziale war dies im Übrigen eine günstigere Existenzgrundlage als die auf der finanziell schwächeren Länderebene). Der AdW als Gelehrtensozietät ist – im besten Fall - der Weg zu einer Regionalakademie alten Zuschnitts vorgezeichnet, eine Zurückstufung um viele Jahrzehnte. Für die Gelehrtensozietät war ab-

7 Bartz 2007, S. 160

8 Bartz 2007, S. 261

9 Zit. nach: Einigungsvertrag 1990, S. 87f.

sehbar, dass sie nach Beitritt in das politische Getriebe des Landes Berlin geraten würde, das wenig Aussicht auf Weiterführung einer aus der DDR kommenden Institution bot.

Indessen wirkten zwei Faktoren dem totalen Untergang der Akademie entgegen: die sogenannte Überlebensklausel im Einigungsvertrag und die Haltung des Plenums selbst. Beide können erklären, warum die Gelehrtenengesellschaft der Akademie nicht mit der DDR unterging. Sie sind entscheidende Voraussetzungen für das Überleben der Gelehrtenengesellschaft und für die Entstehung der Leibniz-Sozietät.

Zunächst zur Überlebensklausel im Einigungsvertrag.

Der Einigungsvertrag hatte zwar in Art.38(2) für die Institute der Akademie eindeutige, explizit formulierte Regelungen für deren weiteres Schicksal getroffen, für die Gelehrtenengesellschaft dagegen nicht. Auch der erste Entwurf des Vertragswerks sah ursprünglich keine Bestimmung über die Gelehrtenengesellschaft vor. Die erste Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag am 13.07.90 einigte sich zunächst in (dem damals noch) *Art.30 EV Wissenschaft*, auf den Text:

„(1) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik setzt die Verordnung vom 2. Juli 1990 über die Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik außer Kraft.

*(2) Die Akademie der Wissenschaften wird bis zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland vom Verbund der bisherigen Institute getrennt. ...“*¹⁰

Die Gelehrtenengesellschaft wurde nicht genannt. Ihr weiterer Verbleib nach dem Beitritt blieb offen, weder zu ihrer Fortführung noch zu ihrer Beendigung gab es eine Aussage. Gegen diesen Text erhob die Akademie Einspruch, es folgen im Juli und den ganzen August 1990 hindurch zähe Verhandlungen mit der Regierung der DDR und dem zuständigen Fachministerium für Forschung und Technologie (MFT), das schon ganz auf der Linie der bundesdeutschen Berater war. Sie führten zunächst zu der Formulierung: *„Die Entscheidung zur Fortführung der Gelehrtensozietät der AdW wird landesrechtlich getroffen.“*¹¹ Diese Formulierung, die den kommenden neuen

10 Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag. 1. Entwurf, Stand vom 3. August 1990, in: Neues Deutschland vom 6. August 1990.

11 In einem Textvorschlag von BMFT, BML und BMBau zu Art. 30 Wissenschaft und Forschung Stand vom 10.8.1990. (BMFT = Bundesministerium für Forschung und Technologie; BML = Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; BMBau = Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau).

Ländern – die Gelehrtensozietät war zu dieser Zeit noch als Mehrländereinrichtung gedacht – einen Ermessensspielraum für die Fortführung oder Nichtfortführung der Gelehrtengesellschaft eingeräumt hätte, konnte im Verlauf der Verhandlungen umgewandelt werden. In einem wenige Tage später vorgelegten Textvorschlag des MFT wird anders formuliert: „*Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät der AdW fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen.*“¹² Diese Formulierung wurde dann in den endgültigen Text übernommen. Damit war der Ermessensspielraum in ein Gebot der Fortführung mit noch zu klärenden Umständen umgewandelt. Die Aufnahme des entscheidenden **WIE** in den Text ist in erster Linie ein Verdienst von Präsident Horst Klinkmann und von Richard Klar, dem Leiter der Rechtsstelle der Akademie, der die damit zusammenhängenden Vorgänge anschaulich beschrieben hat¹³

Der zweite Faktor war die Haltung des Plenums selbst. Die WIE-Klausel erlaubte der Gelehrtengesellschaft eine gewisse Zuversicht auf Weiterexistenz, und diese Hoffnung prägte ihr Verhalten in der kommenden Zeit. Das Plenum sah sich zumindest bis zum Beitritt nicht in seiner Existenz bedroht und hatte kaum Zweifel an der Berechtigung dieser Existenz. Wichtigstes Element dieses Glaubens war, dass sich die Akademiemitglieder trotz vieler divergierender Ansichten im Plenum schon früh nachdrücklich dafür ausgesprochen hatten, ihre wissenschaftliche Sitzungstätigkeit in Plenum und Klassen unbeirrt weiterzuführen, auch unter den zu erwartenden neuen und vermutlich widrigen Umständen. Für das Plenum bestand kein Grund, einfach aufzuhören. Es hielt überdies das der Arbeit der Gelehrtengesellschaft zugrunde liegende wissenschaftliche Konzept für tragfähig, um auch über die kommenden Veränderungen hinweg ein breites Zusammenwirken von kompetenten Vertretern miteinander agierender Fachdisziplinen zu sichern.

Davon zeugte, dass der neugewählte Senat der Akademie bis zu seinem Ende die Vorbereitung einer an die neuen Umstände angepassten Gelehrtengesellschaft betrieb. Er beschloss auf seinen letzten Sitzungen im September 1990, schon im Schatten des Beitritts, eine Grundstruktur der Gelehrtensozie-

12 Hervorhebung H.W. Präzisiert Textvorschlag des MFT zu Art. 30, der die Ergebnisse der Beratung der Wissenschaftsminister Riesenhuber und Terpe am 13.8.90 berücksichtigt. Danach waren die Minister im Einvernehmen darüber, „dass die Akademie der Wissenschaften (AdW) als Gelehrtengesellschaft fortbestehen soll.“ Aus der Pressemitteilung des BMFT vom 13.08.1990.

13 Klar 2005, S. 85-98).

tät für die Zeit danach, die sich später im Grundsätzlichen in der Leibniz-Sozietät wiederfand.¹⁴

II. Der Bruch: Von Beitritt bis Leibniz-Sozietät

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 markierte einen der tiefsten Einschnitte im Leben der damals 290 Jahre alten Akademie. Die Bruchzone hatte ihren ersten Abschnitt bis zum Leibniz-Tag im Sommer 1992 und fand ihr Ende mit der Gründung der Leibniz-Sozietät am 15. April 1993.

Der Bruch betraf nicht nur den Wegfall des Modells Forschungsakademie, er war auch die innere Abkehr von Positionen, die mit der Einbindung der Akademie in das gesellschaftliche Umfeld DDR in den letzten 40 Jahren zusammenhingen und durch die sie in ihrer Tätigkeit und Verantwortung eingengt und zum Teil verformt war. Diese Akademiereform ist heute nicht Gegenstand der Ausführungen. Uns interessiert hier vielmehr, welche Umstände anzuführen sind, die das Überleben bewirkten und wie es ausgeführt wurde.

1990/1992: Die Gelehrtengesellschaft als Gelehrtensozietät

Zunächst ist nüchtern zu konstatieren, dass die Gelehrtengesellschaft nach dem Ende der DDR unter dem ihr vom Gesetzgeber zugeordneten Namen Gelehrtensozietät weiter existierte. Sie war mit dem Beitritt nicht verschwunden.

Allerdings hatte sie gravierende existenzielle Einbußen hinnehmen müssen. Außer ihren Mitgliedern hatte sie nichts mehr. Ihre gesamte Forschungsbasis und ihre materiellen Existenzgrundlagen waren verloren. Die Trennung von ihren Instituten war mit dem Tag des Beitritts vollzogen. Das wissenschaftliche Hinterland und die Netzwerke, in denen die Mitglieder der Gelehrtensozietät als Wissenschaftler bislang wirkten, brachen zunehmend zusammen, die wissenschaftliche und auch die soziale Existenz der meisten Akademiemitglieder waren höchst unsicher. Dazu kam, dass die notwendigen materiellen Existenzbedingungen der Gelehrtensozietät sich nunmehr in fremder Verfügungsgewalt befanden: Dienst- und Sitzungsräume, Archiv, Bibliothek, Kustodie, Arbeitsgrundlagen der Langzeitprojekte, Verwaltung und Immobilien waren in die Hände von KAI-AdW übergegangen, dem Voll-

14 Jahrbuch 1994: S. 388 Vorlage für die (5.) Sitzung des Senats der Akademie am 14. 09.90; S. 393 Beschluss des Senats der AdW vom 14.09.90, Abschnitt III; s.a. S. 400 Protokoll der (6. und letzten) Sitzung des Senats am 28.09.90.

zugsorgan des Gemeinsamen Ausschusses (GA) der fünf neuen Bundesländer und Berlins zur Abwicklung der Akademieeinrichtungen. Bei KAI lag bis Ende 1991 die Verwaltung und die Verfügung über Mittel. Die Gelehrtensozietät hatte nur noch ein ungesichertes Bleiberecht in den Räumen am Gendarmenmarkt.

Ihre Mitglieder waren dennoch nicht auseinandergegangen wie bei anderen Wissenschaftsakademien der DDR mit ähnlichem Schicksal. Trotz divergierender Auffassungen und erheblicher politischer Differenzen in der Mitgliedschaft gab es keinen einzigen Austritt. Die gewohnten Sitzungen wurden weitergeführt. Die Vortragstätigkeit geschah in der Verantwortung von Vizepräsident Herbert Hörz in den bewährten traditionellen Organisationsformen: Klassensitzungen, Plenarsitzungen, Leibniz-Tag. Es gab zahlreiche Geschäftssitzungen, die Zahl der Klassen war gestrafft zu vier Klassengruppen. Die Sitzungen fanden über den gesamten Zeitraum bis in den Sommer 1992 hinein statt, Monat für Monat, mit einer beachtlichen Beteiligung, wie die Protokolle ausweisen.¹⁵

Ein entscheidendes Element der Weiterführung der Gelehrtensozietät war, dass dem Präsidenten ein kleiner Arbeitsstab erhalten blieb, der in den bisherigen Präsidentenräumen tätig sein und die Logistik des Hauses am Gendarmenmarkt nutzen konnte. Der Stab war Knotenpunkt der Verbindungen zu den Mitgliedern, der in den verbleibenden zwei Jahren die Existenz der Gelehrtensozietät organisierte. Erst im Sommer 1992 stellte er seine Tätigkeit ein.

Zwiespältig blieb bis heute die Interpretation des Rechtsstatus, den die Akademie als Gelehrtensozietät mit dem Einigungsvertrag erhalten hatte. Die Frage, in welchem Status sich die Sozietät befand, war unter Juristen umstritten. Es boten sich zwei Optionen an. Das Gebot der Fortführung in Art.38(2) Einigungsvertrag war die eine Option. Sie durfte als Aufforderung an das Land Berlin verstanden werden, die Bedingungen für die Fortführung der Gelehrtensozietät zu schaffen. Die Option stand in Konkurrenz zur Anlage II des Einigungsvertrag Kapitel XV, Abschnitt II, in der – wie im ersten Textentwurf des Einigungsvertrages – die Verordnung des Ministerrats vom Juni 1990 aufgehoben wurde, die der Akademie den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zugesprochen hatte und aus der eine Auflösung der Akademie abgeleitet wurde. Welche Option sich durchsetzen würde, hing vom

15 S. Klinkmann/Wöltge 1999, Abschnitt II Plenum, hier: Protokolle der Plenarsitzungen Dokumente 01, 03, 11, 15.

politischen Willen und vom politischen Kräfteverhältnis im Land Berlin ab, dem die Akademie nun als Regionalproblem zugeordnet war.

Exkurs: Das scheinbare Ende des Überlebens

Die damit zusammenhängenden Vorgänge sollen hier etwas eingehender genannt werden.

Die nunmehr für die Gelehrtensozietät zuständige Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung behandelte die Gelehrtensozietät zunächst als ein ihr überkommenes, real existierendes DDR-Rudiment, über dessen Zukunft landesrechtlich noch zu befinden war. Das Verhalten der Verwaltung deutete darauf hin, dass sie zunächst die Fortführungsvariante nicht ausschloss, diese aber mit zeitgemäßen politischen Vorgaben verband, denen die Gelehrtensozietät nachzukommen hatte. Kernpunkt der Vorstellungen war, die vorhandene, als politische Altlast angesehene Mitgliedschaft auszuschalten oder auf eine Minderheit zu reduzieren, aber die Arbeitsstellen, Langzeitunternehmen, Sammlungen, Stiftungen, Bibliothek und Archiv, das Vermögen, die Immobilien und auch die Geschichte und Tradition der Preussischen Akademie als Vorgängerakademie zu erhalten und in die Verfügungsgewalt des Landes zu bringen¹⁶

Die politischen Kräfte in den beiden Parlamenten der Stadt dachten radikaler und verabschiedeten im Oktober 1990 entsprechende Beschlüsse, in denen es hieß:

„Die Landesregierung wird beauftragt, die Gelehrtengesellschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR im personellen Bestand der ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder aufzulösen, gleichwohl aber diese traditionsreiche Körperschaft aus dem Jahre 1701 (richtig: 1700) für eine Neuformierung zu bewahren.“¹⁷

Einen Ausweg aus dieser Lage sah die Senatsverwaltung schließlich in dem Gedanken, in Berlin eine Akademie neu zu konstituieren. Ihre Mitgliedschaft sollte, nach Entfernung von personellen Altlasten, aus dem Mitgliederkorpus der Gelehrtensozietät und der kurz zuvor per Landesgesetz aufgelösten Westberliner Akademie neu zusammengesetzt werden.

Die Gelehrtensozietät war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr auf konzeptionelle Neuheiten aus. Nach den Parlamentsbeschlüssen und nachdem ihr letz-

¹⁶ ausführlicher s. in: Wöltge 2011.

¹⁷ Jahrbuch 1994: S. 417, 423; Die Korrektur der Jahreszahl wurde von der Redaktion des Jahrbuches vorgenommen.

ter Satzungsentwurf vom November 1990¹⁸ von der zuständigen Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel (SPD) zurückgewiesen wurde, gab es keine echte Chance mehr zum Erhalt der Gelehrtensozietät in ihrer bisherigen Gestalt und Zusammensetzung. Der Versuch, mit der Eigenvaluierung der Mitgliedschaft nochmals einen strategischen Ansatzpunkt zu gewinnen, schlug fehl. Im Nachhinein besehen, ging es nunmehr um die sanfteste Art ihres Untergangs.

Die Strategie der Senatsverwaltung findet man am deutlichsten bei dem Hamburger Hochschulrechtler Werner Thieme, der damals für den Senat gutachterlich tätig war. Thieme schrieb in der Wochenzeitung *Die Zeit* klassisch kurz und prägnant: „*Die lässt man jetzt weitermurksen, man will sie aushungern und einschlafen lassen, und dann wird man sehen.*“¹⁹

Die Strategie von Präsident Klinkmann war lange Zeit darauf gerichtet, ein Minimum des Überlebens der Mitgliedschaft zu erreichen, zumal die Senatsverwaltung anfangs unschlüssig war, ob es ihr gelingen würde, die Gelehrtensozietät völlig zu umgehen. Die Planungsgruppe für die Neukonstituierung einer Akademie in Berlin, in der auch Präsident Klinkmann mitarbeitete, hatte sich in dieser Frage nicht abschließend festgelegt und hegte Zweifel, ihr Vorsitzender wurde bereits zitiert.

Mit der Annahme des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Neukonstituierung der BBAW am 31. Mai 1992 waren dann alle Messen gelesen. Nach Ratifizierung des Staatsvertrages im Berliner Abgeordnetenhaus und im Brandenburgischen Landtag erhielten die Mitglieder der Gelehrtensozietät Anfang Juli 1990 den berüchtigten Brief des Senators Manfred Erhardt (CDU), der sie über die Gründung der BBAW informierte und daraus folgerete, dass die Mitgliedschaft in der Gelehrtensozietät erloschen sei²⁰. Der Arbeitsstab Klinkmann, der schon lange zunehmenden Pressionen ausgesetzt war, musste Ende Juli 1992 seine Räume verlassen. Die Gelehrtensozietät hatte keine Geschäftsstelle mehr, keinen Standort und keinen Organisationshintergrund, ihre Mitglieder waren verunsichert. Das Überleben der Gelehrtensozietät neigte sich, so schien es, seinem Ende zu. Das Konzept der Selbstbestimmung und Selbsterneuerung der Gelehrtensozietät und ihr Versuch, sich im vereinten Deutschland als Institution – wenigstens minimal – zu erhalten, schienen endgültig gescheitert.

18 Jahrbuch 1994 S. 431f.

19 *Die Zeit* Nr. 26 vom 30. August 1991.

20 Klinkmann/Wöltje 1999, Dokument Nr. 41, S. 163.

Zum Leibniz-Tag 1992 ging die Gelehrtensozietät auseinander, diesmal anscheinend endgültig. Dieser Leibniz-Tag am 26. Juni 1992 war das letzte glanzvolle Fest der Akademie im Plenarsaal im Haus am Gendarmenmarkt, schon geprägt von Wehmut und Abschiedsstimmung. Die Veranstaltung verlief nach dem traditionellen Zeremoniell: Präsident Horst Klinkmann begrüßte die mehr als 200 Anwesenden, die sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Vizepräsident Herbert Hörz verlas die Nachrufe auf die seit dem Leibniz-Tag 1991 verstorbenen Mitglieder. Nach dem wissenschaftlichen Festvortrag von Hans Schadewaldt, Präsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, *Gesundheit und Krankheit aus historischer Sicht*, gab Präsident Klinkmann den Bericht zum Leibniz-Tag unter dem Motto *Der Wechsel allein ist das Beständige* (Schopenhauer).²¹ Die sonst übliche Vorstellung neuer Mitglieder entfiel, da 1991 und 1992 keine Zuwahlen erfolgten.

Klinkmanns Resümee auf der nachfolgenden Pressekonferenz – seiner letzten als Präsident der Gelehrtensozietät – war dennoch verhalten optimistisch: Der Leibniz-Tag 1992 bedeute das Ende eines historischen Abschnitts im Leben der Akademie, aber nicht ihr Ende²².

1992/1993: Die Gelehrtensozietät wird Leibniz-Sozietät

Nach dem Leibniz-Tag verstreuten sich die Akademiemitglieder in alle Winde, nicht wenige ins Ausland, andere in ein Dasein als Emeriti oder Rentner, viele arbeiteten am eigenen Schreibtisch weiter, ein anderer Teil fand Unterkunft in vorhandenen oder neuen Wissenschaftseinrichtungen und belebte das wissenschaftliche Leben der Bundesrepublik. Weniger als ein Dutzend kam in der neuen Akademie BBAW unter.

Doch nicht alle gingen auseinander. Ein Teil der Mitgliedschaft fand sich zum Weitermachen zusammen. Angeregt durch ein Schreiben von Vizepräsident Hörz und dem Historiker Helmut Heinz im Namen des Vereins für Gleichstellungsfragen²³ trafen sich etwa 25 Akademiemitglieder im September 1992 zur Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit im Spittelclub in der Leipziger Straße. Sie hörten einen Vortrag des Wissenschaftsphilosophen Rolf Löther zum Thema: *Evolution – Realität oder metaphysische Idee?* und be-

21 Die Materialien sind abgedruckt in: Klinkmann/ Wöltge 1999, Dokumente Nr. 20 bis 25, S. 89–105.

22 Klinkmann/Wöltge 1999, s. Kommentar zu Dokument Nr. 20, S. 120.

23 In: Klinkmann/Wöltge, Dokument Nr. 26, S. 105f. Zum Zustandekommen des Schreibens s. Wöltge 2011, S. 5/6.

schlossen, einen Verein zu gründen. Sie bildeten eine Initiativgruppe, die ein Statut ausarbeitete, das auf den weiterhin regelmäßig durchgeführten wissenschaftlichen Sitzungen ein halbes Jahr lang debattiert und auf der Gründungsversammlung am 15. April 1993 angenommen wurde. Über den Namen des Vereins *Leibniz-Sozietät* gab es von Anfang an volle Einigkeit. Außer den auf der Gründungsversammlung anwesenden 49 Mitgliedern unterstützten weitere Akademiemitglieder die Gründung, am Ende des Jahres zählte sie 104 Mitglieder.²⁴

Der Gründungsvorgang ist die letzte Phase der hier betrachteten Bruchzone. Die Gelehrtensozietät hat diesen Abschnitt in Gestalt des Vereins *Leibniz-Sozietät* überlebt. Art. 38(2) Einigungsvertrag gab ihr dank der Auseinandersetzung um das Ob und Wie der Fortführung einen geringen Aktionsraum, den sie genutzt hat.

Hervorzuheben ist, dass diese Entwicklung sich keineswegs zwangsläufig ergab. Die Gründung war eine historische Initiative und Leistung der Gruppe der Gründungsmitglieder. Wir verdanken ihnen, dass die Sozietät in diesem Jahr ihren 20. Geburtstag begehen kann. Sie hätte ohne großes Aufsehen und in Übereinstimmung mit dem politischen Mainstream dieser Jahre auch unterlassen werden können.

Andere DDR-Wissenschaftsakademien kamen nicht so weit, nicht bis 1992, und weiter erst recht nicht. Zwei von ihnen, die Bauakademie der DDR und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, erhielten durch Art. 38 Einigungsvertrag ähnliche Ausgangsbedingungen: Absatz 4 regelte, dass die Absätze 1-3, d.h. die Bestimmungen zur Akademie der Wissenschaften, sinngemäß auch für sie gelten sollten – Trennung von den Instituten und landesrechtliche Entscheidung, wie sie fortzuführen waren. Sie hatten demnach ebenfalls die Möglichkeit, ihre Gelehrtengesellschaften weiterzuführen. Doch boten die anders gelegenen objektiven Voraussetzungen weniger Möglichkeiten, und auch der innere Antrieb war möglicherweise nicht stark genug.

Die AdL hat ihre wissenschaftlichen Sitzungen nach dem Beitritt nicht wieder aufgenommen, die letzte Sitzung des Plenums der AdL fand am 27.

24 Die letzte amtliche Auskunft über die Mitgliederzahl ist vom 31.10.1990, in: Klinkmann/Wöltge 1999, S. 14. Danach zählte die Gelehrtensozietät 286 Mitglieder, davon 182 Ordentliche und 104 Korrespondierende sowie 124 Auswärtige Mitglieder. Sieben Mitglieder der Gelehrtensozietät waren bis zur Gründung der Leibniz-Sozietät verstorben. Die 49 Gründungsmitglieder machten 18% der 279 Mitglieder aus, die 104 Mitglieder am Jahresende 37%. Der Vorgang ist ausführlicher beschrieben in: Wöltge 2011.

Juni 1990 statt, in der man an eine Neukonstituierung im September dachte. Obwohl eine Gruppe des Plenums Vorbereitungen betrieben hatte, aus den Reihen der Mitglieder eine *Brandenburgische Gesellschaft für Agrar- und Ernährungswissenschaften* zu gründen, scheiterte das Vorhaben, weil versucht wurde, die Länder Berlin und Brandenburg als Träger der Gesellschaft zu gewinnen. Die Länder lehnten ab – Brandenburg mit der Begründung Geldmangel, Berlin aus Kapazitätsgründen.²⁵ Das zuständige Bundesministerium hatte sich bereits vorher deutlich ausgesprochen, dass es keine „gesamtstaatliche Akademie geben“ wird²⁶. So wurde eine Weiterexistenz der Gelehrten-gesellschaft ohne Unterstützung der Länder als nicht durchführbar angesehen. Sie wurde am 18.12.1991 durch einen Beschluss des Senats von Berlin formell aufgelöst. Die Abwicklungsstelle der AdL teilte den Ordentlichen, Korrespondierenden und Auswärtigen Mitgliedern Ende 1991 brieflich die – rechtlich fragwürdige – Auflösung der Gelehrten-gesellschaft mit.

Ähnlich verlief die Entwicklung an der Bauakademie. Hier gab es im April 1990 Überlegungen, die Gemeinschaft der Mitglieder der Bauakademie von der Forschungsgemeinschaft zu trennen und eine unabhängige und selbständige Gelehrten-gesellschaft zu bilden.²⁷ Ab Anfang Juli 1990 wurde erwogen, eine gesamtdeutsche Gesellschaft der Bauwissenschaftler als beratendes Gremium der Bauforschung für Bund und Länder zu bilden, bestehend aus einem Plenum, mit Ordentlichen, Korrespondierenden und Auswärtigen Mitgliedern, und fünf Klassen.²⁸ Für die Klassenbildung waren bereits Beauftragte eingesetzt.²⁹ In Beratung stand im August 1990 ein Entwurf für ein „Statut der Karl-Friedrich-Schinkel-Bauakademie zu Berlin“.³⁰ Eine Lösung ähnlich der AdW wäre möglich gewesen, wie auch das von der Bauakademie eingeholte Rechtsgutachten der prominenten Westberliner Rechtsanwaltskanzlei Finkelnburg aussagt.³¹ Warum es dazu nicht kam und wie der genaue Verlauf der Bemühungen war, muss aus den Akten noch erschlossen werden. Aus der Zeit nach dem Beitritt waren jedenfalls in der

25 Kuntsche 2011, S. 86 ff.

26 Bundesministerium an Manfred Ringpfeil am 12.09.1990, zit in: Kuntsche 2011, S. 86.

27 Brandt 2003, S. 172. Die Arbeit von Brandt ist bisher die einzige nennenswerte Publikation über das Schicksal der Bauakademie. Sie sieht sich selbst als Schilderung eines Zeitzeugen und besteht aus einer sehr knappen faktenorientierten Darstellung der Ereignisse und aus faksimiliert abgedruckten Dokumenten.

28 Konzeption zur Umgestaltung und Neuformierung der bisherigen Einheiten der Bauakademie der DDR. In: Brandt 2003, S. 199 ff.

29 Brandt 2003, S. 231.

30 Brandt 2003, S. 228.

31 Abgedruckt in: Brandt 2003, S. 458-469.

deutschen Wissenschaftslandschaft keine Anzeichen einer weitergeführten Gelehrtenesellschaft der Bauakademie vorhanden, und auch die Befragung von Zeitzeugen gab keine andere Auskunft. Zu vermuten ist, dass diesbezügliche Initiativen offenbar erfolglos blieben.

Für die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und die Sächsische Akademie der Wissenschaften gab es im Einigungsvertrag keine gesonderten Regelungen. Die APW wurde völlig schmucklos und ohne öffentlichen Protest geschlossen, ein innerer Impuls zur Weiterführung der Gelehrtenesellschaft fehlte.³²

Ein anderes Schicksal hatte die regional orientierte Sächsische Akademie der Wissenschaften, die nicht zu den Wissenschaftsakademien im eigentlichen Sinne gezählt wird. Sie war 1971 der AdW zugeordnet worden und machte im Frühjahr 1990 den Versuch, sich aus dieser Unterstellung zu lösen. Sie hatte sich im Frühjahr 1990 ein eigenes Statut gegeben, das nach Zustimmung der DDR-Regierung nach dem Beitritt einer künftigen Landesregierung Sachsen zur Bestätigung vorzulegen war. Der entstehende Freistaat nahm die SAW mit offenen Armen auf. Er hatte anders als Berlin ein politisches Prestigeinteresse am Fortbestehen der Akademie, die allen Anforderungen an eine den Bundesüblichkeiten entsprechende länderbasierte, föderal organisierte Akademie mit langer Tradition und Geschichte entsprach und die ein kultureller Schmuck des Freistaats zu werden versprach. 1992 konstituierte sich die SAW als eingetragener Verein, ihre Gelehrtenesellschaft blieb bestehen. Es gab lediglich eine offenbar heftige Mitgliederdurchsicht nach politischen Gesichtspunkten, wie es in diesen Jahren in Sachsen üblich war. Im Ergebnis wurden 1991 - 1994 zwölf Mitglieder aus der Mitgliederliste entfernt, darunter vier, die Mitglieder der Leibniz-Sozietät wurden.

Die gelegentlich zum Kreis der Wissenschaftsakademien gezählte Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, eine international verankerte Einrichtung mit naturwissenschaftlich-biowissenschaftlicher Ausrichtung, war zu keinem Zeitpunkt von irgendwie gearteten Schließungsabsichten bedroht und dachte nicht daran, sich aus politischen Gründen von Mitgliedern zu trennen. Sie nahm einen anderen Entwicklungsweg, der hier nicht besprochen werden kann. Die Leopoldina existierte ungebrochen weiter und organisierte sich schon 1991 als eingetragener Verein. Mindestens ein Dutzend

32 Das ergab 2011 die Befragung mehrerer Mitglieder der Gelehrtenesellschaft der APW, die an prominenter Stelle das Abwicklungsgeschehen begleiteten.

Mitglieder der Leibniz-Sozietät sind heute zugleich auch Mitglied der Leopoldina.

III. Die Gelehrten-gesellschaft als Leibniz-Sozietät

Die Gründung der Leibniz-Sozietät war der Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung. Sie schuf eine Organisation für die wissenschaftliche Arbeit, die selbständig, ohne westliche Vormundschaft, entstanden war und das auch blieb. Aus der Akademiereform hatte sie den Autonomiegedanken hinübergerettet, aus ihrer Vergangenheit die Berufung auf die Traditionslinie von Leibniz her mit ihrem DDR-Bezug, den sie nicht, wie später die BBAW, ausklammerte. Es war genau die Organisation, die aus Sicht der Landespolitik in Berlin politisch unerwünscht war, die mit dem Beitritt verschwinden sollte. Ihr erster Präsident, S. M. Rapoport, fand damals diese Einschätzung: *„Wir sind zurückgekehrt zur Gelehrten-gesellschaft als freiem Zusammenschluss von unabhängigen, vielseitig interessierten und wissenschaftlich ertragreichen Forschern ... Wir haben wieder eine wirkliche Gelehrtensozietät, die diesem Grundgedanken verpflichtet ist.“*³³

Dieser historische Optimismus traf zunehmend auf die Sorgen des Alltags eines völlig mittellosen Vereins. Der nun gewonnene Rechtsstatus als Verein brachte den Vereinsmitgliedern neue ungewohnte Pflichten und gesetzlich vorgeschriebene Regulatorien, gab ihm aber zugleich neue und ebenfalls ungewohnte Freiheiten. Dienstpflichten gegenüber einer übergeordneten Instanz fielen weg, Eingriffe von außen in die wissenschaftliche Arbeit, in Personalangelegenheiten, Maßnahmen und Verhaltensweisen waren ausgeschlossen. Die Sozietät war in ihren Handlungen und Entscheidungen frei. Selbstorganisation und Selbstverwaltung wurden die Grundlagen der neuen Existenzweise.

Dieser neugewonnenen Freiheit standen erhebliche Verlustpositionen gegenüber, neben dem Wegfall des alten Rechtsstatus und dem Wegfall jeglicher Alimentierung durch Dritte zunächst, wie schon genannt, der Verlust des wissenschaftlichen Umfelds. Das alte Forschungshinterland gab es nicht mehr, die etablierte Wissenschaft, ihre neue Community, versagte sich der Sozietät, wies sie zurück und vermied institutionelle Kontakte aus anfangs überwiegend politischen Motiven. Dieser Isolationismus war nur für einen längeren Zeitraum existenzbedrohend, aktuell konnte die Sozietät zunächst darangehen, für ihre Mitglieder und für vagabundierende Reste der DDR-

33 Rapoport 1994, 119.

Wissenschaft ein wenn auch bescheidenes Netzwerk für den wissenschaftlichen Austausch zu schaffen und ihnen neue Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten zu bieten.

Schwerwiegender war, zweitens, der Verlust der organisatorisch-materiellen Basis. Die Sozietät hatte keinen Organisationsmittelpunkt mehr, keinen logistischen Stützpunkt für die Organisation ihrer Tätigkeit. Sie erfuhr, wie eben erwähnt, keinerlei Alimentierung oder andere Unterstützung durch Obrigkeiten oder Gönner, die die Geschäftsführung eines ambitionierten Vereins hätten tragen können. Der totale Wegfall dieser Voraussetzungen zwang dazu, eine eigene Infrastruktur aufzubauen, um die Arbeit organisatorisch und verwaltungstechnisch aus eigener Kraft und eigenen Mitteln zu sichern.

Man kann heute resümieren, dass das – als Grundvoraussetzung für jegliche weitere Tätigkeit der Leibniz-Sozietät – für die ersten Jahre einigermaßen ausreichend gelungen ist. Es entstand eine an den vereinsrechtlichen Vorgaben orientierte Selbstverwaltung, die selbstlos von wenigen Mitgliedern getragen wurde und die auf logistische und personelle Reste aus dem Arbeitsstab Klinkmann zurückgreifen konnte, mit einer in den ersten Jahren noch leidlich gut beherrschbaren Kommunikation und Koordinierung der Aktivitäten der Mitglieder. Dazu gehörte wenig später die Herausgabe der Sitzungsberichte als eigene Publikation. Schließlich entstand nach wenigen Jahren eine Stiftung als zusätzliche Finanzierungsunterstützung. Grundlage dieser Infrastruktur war das Modell der ehrenamtlichen Arbeit, der „Selbstaussbeutung“ (Laitko) weniger Mitglieder, deren soziale Existenz durch eigenen Altersrentenbezug gesichert war und die auf unkonventionelle und kollegiale Weise zusammenarbeiteten.

Auf diesen infrastrukturellen Voraussetzungen baute sich das Weiterleben der Sozietät auf, das vor allem von vier Faktoren geprägt wurde:

Faktor Mitglieder

Das wissenschaftliche Leben der Sozietät stützte sich auf die Bereitschaft eines festen Kerns von entschlossenen Enthusiasten, die weiter Wissenschaft betreiben wollten. Sie repräsentierten ein wissenschaftliches Potenzial, das nicht disziplinär eingengt war, sondern ein breites Fächerspektrum auswies, genug, um sich in interdisziplinärer Vielfalt weiterhin auszutauschen. Die Mitglieder waren ausgestattet mit den reichen Erfahrungen in der Organisation von wissenschaftlicher Arbeit und den Kenntnissen der Herkunft und Tradition der Akademie.

Verbunden waren sie durch das gemeinsam erlittene Schicksal in den Jahren davor, durch Abwicklung und – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ihre politische und wissenschaftspolitische Ausgrenzung. Sie hatten in diesen Fragen eine weitgehend gemeinsame Grundübereinstimmung, und sie hatten bei aller Unterschiedlichkeit der Ansichten und individueller Geschichte gemeinsame Biographien.

Faktor Tradition

Ein starker Faktor war die Berufung auf die große Vergangenheit der seit Leibniz bestehenden Akademie, die durch die Wendewirren nicht verschwinden sollte, die Berufung auf die Herkunft aus der DDR-Zeit der Akademie, auf die Leistungen – die eigene Lebensleistung und die ihrer Lehrer und Vorbilder eingeschlossen. Eine besondere Betonung fand die personelle Kontinuität der Mitgliedschaft zu den Vorgängerakademien, zur DDR-Akademie und zur Preußischen Akademie, die lange Zeit als quasi Alleinvertretungsanspruch auf die gesamte Tradition vorgetragen wurde.

Faktor traditionelle Verfahrensweisen

Günstig war, dass die Sozietät keine neue Form der Daseinsweise und der Strukturierung ihrer Tätigkeit zu erfinden brauchte. Der gewohnte Ablauf des akademischen Jahrs bot brauchbare Algorithmen, die im Selbstverständnis der Mitglieder verankert waren. Neue Arbeitsformen waren nicht erforderlich, Vorträge und Debatten fanden in der üblichen Struktur statt – Plenum und schon seit dem Herbst 1993 wieder Klassen, Leibniz-Tag, Monat für Monat jeweils an einem Donnerstag. Hinzu kamen in einem breiteren Rahmen wissenschaftliche Konferenzen. Die Mitglieder wussten, wie so etwas zu machen ist und mussten nichts neu erfinden. Der Ablauf des akademischen Jahres war ihnen vertraut.

Faktor Zuwahlen

Für das Überleben brauchte man keine Zuwahl. Zuwahlen waren aber die unabdingbare Voraussetzung für das wissenschaftliche Weiterleben der Sozietät. Sie waren sowohl entscheidend für die biologische Erneuerung der Mitgliedschaft als auch für den Zustrom von Gedanken und neuen Richtungen, unerlässlich für Erneuerung, Auffrischung, Einbindung in die sich draußen weiter entwickelnde wissenschaftliche Welt. Zuwahlen waren und sind

auch heute noch das Instrument zur Gestaltung des disziplinären Profils und des wissenschaftlichen Ansehens der Sozietät.

Zuwahlen gehörten von Anfang an zu den fundamentalen Grundsätzen der Sozietät. Sie waren seit 1991 durch die Zeitereignisse unterbrochen, wurden aber schon 1994, ein Jahr nach der Gründung der Sozietät, wieder aufgenommen. Die strengen Zugangsregelungen nach wissenschaftlichen Kriterien wurden beibehalten.

Begünstigt wurde das Zuwahlgeschehen dadurch, dass die bis dahin übliche Unterteilung in Ordentliche, Korrespondierende und Auswärtige Mitglieder und die Begrenzung der Mitgliederzahl aufgegeben und damit die Gleichheit aller Mitglieder hergestellt wurde. Eine regionale Begrenzung, wie in den meisten anderen deutschen Wissenschaftsakademien üblich, war ohnehin nicht vorgesehen.

Das sind einige Bemerkungen zu dem Rahmen, in dem sich Leibniz-Sozietät in den 90er Jahren entwickelt hat. Am Ende der Ära Rapoport – Präsident bis 1998 – und am Ende des Jahrhunderts konnte man konstatieren: Die Sozietät hat sich behauptet und stabilisiert. Ihr Überlebenskampf ist in ein geordnetes Weiterleben überführt; die Umstände, die das bewirkten, sind aufgeführt. Ihre Basis hat standgehalten, die Sozietät ist mit dem Zustand der erzwungenen materiellen Genügsamkeit zurechtgekommen. Ihre Entwicklung war trotz schwieriger Phasen nicht rückläufig. Das um sie entstandene Netzwerk hat sich ausgeweitet und an Bedeutung gewonnen.

Das wichtigste Urteil über die Ära Rapoport wäre das über den wissenschaftlichen Standort der Sozietät, über Inhalt und Kompetenz ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Doch das liegt nicht vor, und es steht dem Vortragenden auch nicht zu, sich dazu zuäußern.

IV. Anmerkungen zur Unausrottbarkeit

Um auf die Unausrottbarkeit zurückzukommen: Ausrotten im Wortsinn geschieht immer durch Einwirken von außen. Die Existenz der Sozietät ist heute – anders als in ihren ersten Jahren – von außen nicht gefährdet oder bedroht, sie hat keine mit früher vergleichbaren Konfliktflächen im politisch-rechtlichen und öffentlichen Raum, sie ist nicht mehr vorrangig im Blickfeld des politischen Verdikts, die Community urteilt milder und in deutlicher Abschwächung ihrer Anti-DDR-Akademiehaltung. Die Kooperationen mit

anderen Trägern der Wissenschaft haben zugenommen. Für eine wenigstens vorläufige Unausrottbarkeit bestehen also gute Chancen.

Die genannten Faktoren des Weiterlebens – etwa Tradition und Zuwahlen – wirken zweifellos weiter, sie haben ihre Bedeutung nicht verloren. Andere sind hinzugekommen, neue Entwicklungen haben sich gezeigt. Insofern ist es angemessen, danach zu fragen, welche Existenzumstände die Sozietät nunmehr hat und welche sie braucht, um weiterhin unausrottbar zu bleiben.

Beide Fragen sind nicht hinreichend zu beantworten, die erstere, weil eine solide Bilanzierung noch gründlicherer Analyse bedarf, die zweite, weil die Zukunftsvorstellungen der Sozietät dafür nicht ausreichend sind. Wohin sie will und wie die Umstände beschaffen sein müssen, um dorthin zu gelangen und wie man die Umstände beeinflussen oder herbeiführen könnte, die man für eine wenigstens vorläufige Unausrottbarkeit brauchen könnte – das alles gehört zu den Denkaufgaben, die die Sozietät sich selbst aufgibt. Wir wissen alle, dass es nicht ausreicht, sich nur behaupten zu wollen für das nächste Jahr, weshalb es nützlich wäre, eine Zukunftsvision und einen daran anschließenden Masterplan zu haben.

Neue Entwicklungen zeigten sich deutlicher im Umfeld des 300. Jubiläums der Leibnizschen Akademie im Jahre 2000. Festzuhalten ist, dass das Jubiläum eine gewisse Zäsur in unserem Blick auf Herkunft und Vergangenheit mit sich brachte. Und nach außen war das Jubiläum der Ausweis der historischen Verankerung der Sozietät in der Gesellschaft. Es hat die erfolgreiche Gründung der Sozietät und ihre Vorgeschichte für alle sichtbar als historisches Faktum manifestiert, und ihr Dasein in diesem Zeitraum hat die Zweifel an der Fähigkeit der Sozietät zur weiteren Existenz zurückgedrängt.

Worin diese Wandlungen im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts bestanden, ließe sich im Grundsätzlichen aus den Dokumenten der Sozietät herauslesen, einigermaßen deutlich etwa aus den Berichten des Präsidiums und der Präsidenten zu Geschäftssitzungen und Leibniz-Tagen und zuletzt aus dem Bericht einer Arbeitsgruppe des Präsidiums³⁴. Da der Vortrag die sich entwickelnden Umstände unter dem Aspekt der Unausrottbarkeit sehen möchte, nicht aber auf eine Gesamteinschätzung dieser Entwicklung zielt, beschränkt er sich auf Bemerkungen zu Feldern, auf denen zur Zeit Befunde für möglich gehalten werden. Gemeint sind 1. Veränderungen der Struktur und

34 „Auf gravierende Veränderungen reagieren – den bewährten Traditionen folgen“. Bericht der Arbeitsgruppe „Perspektiven der Leibniz-Sozietät“, hier: Stand der Umsetzung am 15.01.2009, vorgelegt auf der Sitzung des Präsidiums am 21.01.2009. Archiv der Leibniz-Sozietät.

Organisation der wissenschaftlichen Arbeit, 2. Veränderungen am Corpus der Mitglieder. 3. der Zustand des Organisationshintergrundes.

Andere Aspekte wie etwa die inhaltliche Analyse der wissenschaftlichen Arbeit, die Stellung der Sozietät zu den anderen Akademien und in der Community, ihre Position in der Gesellschaft oder die innerorganisatorische personale Entwicklung bleiben unberücksichtigt.

1. Anmerkung zu Struktur und Organisation der wissenschaftlichen Arbeit

Die Anmerkungen zu diesem Punkt stützen sich auf zahlreiche Teilauskünfte in der Sozietät aus den vergangenen Jahren. Sie zeigen, dass sich das wissenschaftliche Leben der Sozietät seit dem Jubiläum bemerkenswert erfolgreich entwickelt hat. Zu nennen ist, dass das Angebot an Veranstaltungen umfangreicher und im Schnitt anspruchsvoller wurde. Zu notieren ist hier auch, dass die Sozietät neben den normalen Sitzungen von Plenum und Klassen häufiger als in den 90er Jahren und weiterhin in zunehmender Zahl als Veranstalter von eigenen Konferenzen des Plenums – etwa Jahrestagungen – mit disziplinübergreifenden Themen auftrat.³⁵

Im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts trat eine weitere Organisationsform der wissenschaftlichen Arbeit der Sozietät stärker in den Vordergrund: Plenum und Klassen sahen sich der immer stärker konkurrierenden Attraktivität von Arbeitskreisen und Workshops gegenüber. Sie brachten eine größere inhaltliche und thematische Vielfalt mit sich und entwickelten problem- und disziplinär orientierte Netzwerke über die Grenzen der Sozietät hinaus. Der Arbeitskreis Demographie hat sein seit 1973 bestehendes Netzwerk erhalten. Andere Interessentengruppen haben Netzwerke auf- oder ausgebaut, etwa Pädagogen, Psychologen, Geowissenschaften, Sozialwissenschaftler, meist in Gestalt von Arbeitskreisen oder temporären Problemgruppen. Zentrale Achse des Lebens der Sozietät blieben aber Plenum und Klassen, die immer gut waren für die Anregung von neuen Netzwerken aus der Mitgliedschaft heraus. Über die Sekretare der Klassen und ihre Mitglieder wirkten sie als geistiges Reservoir und als „Brutstätte“ für neue Vorhaben.

Was dem Betrachter immer wieder auffällt, ist die Abstinenz der Sozietät bei der inhaltlichen Bewertung dieser Entwicklung. Die Selbstbewertung der

35 Eine Zusammenstellung dieser Aktivitäten liegt nicht vor, sie sind bisher nur aus den Veröffentlichungen der Sozietät erschließbar. Das Archiv der Sozietät gibt hierzu noch keine Auskünfte, da es noch nicht eingerichtet ist.

wissenschaftlichen Kompetenz der Sozietät als Ganzes scheint ein unlösbares Problem zu sein, obwohl es nützlich wäre, ihre Veranstaltungen mit dem allgemeinen Stand der Wissenschaftsentwicklung zu vergleichen und zu analysieren, welche Felder sie besetzt haben und welche nicht und ob man damit zufrieden sein kann. Darüber gibt es zwar einige Aussagen, aber keine aussagekräftigen Analysen. So gewinnt man den Eindruck, dass das Kerngeschäft der Sozietät inhaltlich-analytisch nicht ausgeleuchtet ist. Auch der 2006 gegründete Wissenschaftliche Beirat hat diesem Mangel nicht abhelfen können.

Das wirkte sich sicher auch auf das disziplinäre Spektrum aus. Es hat sich trotz aller Bemühungen relativ spontan und damit asymmetrisch entwickelt, es gelang nicht, ein gewünschtes disziplinäres Raster durchzusetzen, wohl auch deshalb, weil die Vorgaben für das Raster selbst unscharf blieben, was wiederum davon abhing, welchen Zukunftsvorstellungen man nachging. Auch hier fehlen noch verlässliche analytische Angaben. Zurzeit geht es bei der Zuwahl neuer Mitglieder ohnehin weniger nach disziplinärer Ausgewogenheit, sondern darum, ob sie in der Lage sind, in Funktionen der Organisation einzutreten, um der drohenden Überalterung des Personalbestandes des aktiven Kerns entgegen zu wirken.

2. Anmerkung zum Corpus der Mitglieder

Einer Anregung von Wolfgang Küttler folgend, kann man die Veränderungen im Corpus der Mitgliedschaft auch unter dem Aspekt der Generationenverteilung betrachten, nicht als demographisches Problem des Altersunterschiedes, sondern als Problem der Herkunft, der Erfahrungsträger. Das würde, in Stichworten notiert, etwa so aussehen:

Die Gründergeneration

Zeitraum Anfang bis etwa Mitte 90er. Die Gründergeneration war die Generation der Akademiemitglieder und nur dieser. Diese Generation ist noch Erfahrungsträger der Tradition der akademischen Vergangenheit seit etwa 1970 und der wissenschaftlichen Arbeitserfahrungen in der DDR innerhalb und außerhalb der Gelehrtenengesellschaft. Das hier vorhandene personelle Reservoir der Akademiemitglieder für die Stärkung der Sozietät wird bis etwa 1994 ausgeschöpft. Danach gewinnt die Sozietät nur noch wenige Akademiemitglieder, insgesamt werden es nicht mehr als 120.

Für diese Generation trifft weiterhin zu: Der weitgehende Wegfall der alten Netzwerke kann nur ungenügend durch den Zugang zu neuen Netzwerken

kompensiert werden. Die Verbindung zu der aktuellen wissenschaftlichen Entwicklung in der Community nimmt in der Regel ab. Wo sie individuell nicht abnimmt, kann sie nur selten für die neue Sozietät fruchtbar gemacht werden. Die Leibniz-Sozietät bietet ihren Mitgliedern eine Struktur zur disziplinären und interdisziplinären Kommunikation. Für nicht wenige war das über Jahre die einzige Kommunikationsmöglichkeit.

Die Gründergeneration dominierte bis zur Jahrhundertwende die Geschichte der Sozietät. Zu ihr gehörten 16 der 22 Mitglieder des Präsidiums der AdW von 1989, acht Vorsitzende der insgesamt 16 Wissenschaftlichen Räte der DDR-Forschungsprogramme, zahlreiche Direktoren und Bereichsleiter aus Instituten der AdW. In ihrer Hand lagen die Führung und strategische Orientierung, die Organisation und Arbeit der Sozietät. Erst nach 2000 änderten sich hier die Proportionen.

Weit verbreitet in dieser Generation: das Trauma der Nichtakzeptanz durch die Community; das Trauma der als politisches Unrecht empfundenen Trennung von ihrem früheren wissenschaftlichen Dasein; das Trauma der übermächtigen, von der Politik konstruierten BBAW, aus deren Schatten man herauszukommen versucht.

Die zweite Generation

Zeitraum ab 1994 bis etwa Ende 2000. Die Sozietät fängt mit ihren Zuwahlen Teile der vagabundierenden – entinstitutionalisierten (Peer Pasternack) – Spitzenwissenschaftler aus DDR-Bestand ein.

Der Mitgliederbestand nimmt über den Anfangsstand hinaus stark zu, unter ihnen sind auch Wissenschaftler aus den alten Bundesländern. Der Verein verdoppelt sich bis 2000 und hat zu diesem Zeitpunkt etwa 200 Mitglieder, ihre Zahl wächst weiter. Dieses Potenzial bietet neue Möglichkeiten und ergänzt die bisherigen wissenschaftlichen Inhalte, es ist ausbau- und erneuerungsfähig.

Die zweite Generation hat nicht mehr direkt das Geschehen in der Gelehrtenengesellschaft und auch der Gelehrtensozietät erfahren. Viele Mitglieder waren zuvor in Instituten der Akademie beschäftigt und besaßen Erfahrungen aus dem wissenschaftlichen Alltag und dem früheren Beziehungsgefüge der Akademie, hatten aber nur wenig innere Verbindung mit Plenum und Klassen.

Die zweite Generation erlebt die biologische Ausdünnung der Gründergeneration. Das Trauma der Nichtakzeptanz durch die Community bleibt. Das Trauma der unrechtmäßigen Trennung von ihrem früheren wissenschaftli-

chen Dasein verliert allmählich seinen Traditionsbezug und seine frühere politische Dimension. Auch der Traditionsbezug auf die Akademie wird schwächer. Für die Mitglieder aus den alten Bundesländern spielt er, wenn überhaupt, nur eine geringe Rolle, höchstens bei den Älteren auf der Grundlage ihrer Kritik an der Art der deutschen Vereinigung.

Die dritte Generation

Zeitraum etwa von 2000 an. Die Mitgliederzahl steigt bis zum Ende des Jahrzehnts auf über 300 an. Der Anteil der ersten Generation von Mitgliedern sinkt auf unter 25 Prozent der Mitgliedschaft. Die neue Generation hat kaum noch oder gar keine historischen Berührungsfelder mit der Gelehrtenengesellschaft der Akademie und mit der Gelehrtensozietät. Die Existenz der Gelehrtensozietät und die Gründung der Sozietät sind für sie zurückliegende historische Ereignisse, an denen sie nicht beteiligt waren.

Die dritte Generation kommt immer weniger aus den seit Jahren abgewickelten AdW-Instituten. Sie hat die Erfahrungen von mindestens einem Jahrzehnt wissenschaftlicher Arbeit im neuen Umfeld und in anderen aktuellen Netzwerken. Sie bringt demzufolge einen neuen Erfahrungshintergrund ein. Sie denkt zeitgemäßer als die Generationen vor ihr. Bis zum Ende des Jahrzehnts besetzt sie die leitenden Funktionen der Sozietät. Die 2012 gewählten neuen Präsidiumsmitglieder wurden erst nach der Jahrhundertgrenze Mitglieder. Ein Mitglied der AdW ist nicht mehr unter ihnen, die Gründergeneration ist nicht mehr vertreten.

Diese sozial und inhaltlich-substanziell veränderte Mitgliedschaft wirkt sich auf das Leben der Sozietät aus. Die Zahl der Neuen/Jüngeren, die noch in direkter wissenschaftlicher Arbeit stehen, die in andere Wissenschaftsnetzwerke eingebunden sind und anderen dominanten Interessen nachgehen, hat massiv zugenommen. Äußerer Ausdruck davon ist, dass ihre Teilnahme am Leben der Sozietät, an den Veranstaltungen stagniert, ähnlich wie bei den geographisch weit entfernt lebenden Mitgliedern. Sie sind weitgehend schon in anderen Lebens- und Arbeitsumständen als die Gründergeneration und als der größte Teil der zweiten Generation. Die Neumitglieder unterhalb der Altersgrenze von 70 Jahren kommen in der Regel aus einem prallen wissenschaftlichen Leben in der aktuellen Community.

Es gibt noch keinen belastbaren Befund, aber doch deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Motivation für die Zugehörigkeit zur Sozietät unter diesem Teil der Mitgliedschaft erkennbar gewandelt hat. Die Ehre, einer altehrwürdigen Gemeinschaft mit glorreicher wissenschaftlicher Vergangenheit

anzugehören, tritt als Motivation mehr in den Vordergrund. Die ruhmreiche Geschichte der Institution gilt als Ausweis der eigenen und der hohen Qualität der jetzigen Mitglieder. Für die Neumitglieder ist – anders als für die erste und auch noch für die zweite Generation – die Leibniz-Sozietät längst nicht mehr (oder immer weniger) die einzige Möglichkeit, die eigenen Arbeitsergebnisse zu präsentieren und darüber ins Gespräch zu kommen, auch nicht das Gremium, vor dem man Erstverlautbarungen macht. Um den wissenschaftlichen Dialog zu führen, gibt es genügend andere Möglichkeiten außerhalb der Sozietät, in den Netzwerken, in die das Mitglied eingebunden ist, zunehmend auch interdisziplinäre.

Kennzeichnend für diese Generation ist, dass sich ihnen Geschichte und Vergangenheit der Sozietät nicht mehr aus eigenen Erfahrungen erschließt; das Geschichts- und Identifikationsbild wird aus Erlebnismitteilungen anderer Mitglieder, aus einem unbestimmten öffentlichen Image und aus den spärlichen eigenen Veröffentlichungen zur Selbstdarstellung der Sozietät gespeist. So nimmt es nicht wunder, dass sich das Verhältnis der Sozietät zu ihrer Geschichte veränderte: Es wurde loser und abstrakter. 2010 verschwanden aus der Präambel des Statuts alle Bezüge zur DDR-Vergangenheit. 2011 wurde in Leibniz intern festgestellt: „Der Nabelstrang zur Vergangenheit der Sozietät magert ab, der Abschied von Geschichte, Tradition und Erbe vorangegangener Gelehrtenesellschaften geschieht in Raten“. ³⁶ Die Sozietät hatte große innere Schwierigkeiten, sich zu ihrem 20. Jahrestag zu positionieren, der Bezug im Statut auf Gottfried Wilhelm Leibniz als Traditionsvater war längst ausgehöhlt und auf formale Bekenntnisse reduziert.

3. Anmerkung zum Organisationshintergrund: Die Sockelfrage

Dies sind einige der neuen Umstände, die das Leben der Sozietät bestimmen. Sie haben spezielle Auswirkungen auf die infrastrukturellen Voraussetzungen ihrer Tätigkeit. Die Sozietät muss sich 2013, im 20. Jahr ihrer Unausrottbarkeit, sehen als das, was sie ist: eine große Mitgliederorganisation mit steigendem Organisations- und Verwaltungsbedarf. Doch ebenso muss sie sehen, dass das, was an Organisationshintergrund und Verwaltungsunterbau für ihre anspruchsvolle und möglichst weiterwachsende wissenschaftliche Tätigkeit vorhanden ist, für eine weiter prosperierende Organisation nicht ausgelegt ist. Die daraus resultierenden Ansprüche an die Kommunikations-

³⁶ Leibniz intern Nr. 51 vom 1.6.2011, S. 1.

beziehungen und an die organisatorische Leistungskraft treffen auf einen zurückgebliebenen Sockel.

In der Sozietät weiss man, dass der Sockel nicht adäquat mitgewachsen ist. Die Infrastruktur blieb in den 90er Jahren zunächst lange auf etwa gleicher Höhe wie am Anfang, obwohl mit der Herausgabe der Sitzungsberichte und seit Ende des Jahrhunderts der Abhandlungen – unerlässlich für das Selbstbewusstsein der Sozietät und für ihre Wahrnehmung in der Community – neue Komponenten in der Belastung der Struktur entstanden. Kernpunkt der Weiterexistenz war damals nicht die Sorge um eine ausreichende wissenschaftliche Kompetenz und Substanz, sondern die Beschaffung der Finanzmittel. Das war in den ersten Jahren und auch in der Folgezeit außerordentlich schwierig, die Lage wurde erst durch die 1996 gegründete Stiftung etwas entspannter. Da es aus eben diesem Finanzmangel nicht gelang, einen ausreichenden hauptamtlichen Anteil Verwaltungsapparat für die unaufhörlich weiterwachsende Organisation aufzubauen, wurde das Engagement der in der Infrastruktur tätigen wenigen Mitglieder weiter und verstärkt in Anspruch genommen.

Für die Bewältigung dieser Intensivierungsphase erwiesen sich die neuen technischen Möglichkeiten des aufkommenden Informationszeitalters als begünstigender äußerer Umstand. Sie ersetzten ab Ende der 90er Jahre viele bisherige Mittel der Organisation und Verwaltung und eröffneten einen erweiterten Organisationsspielraum. Die Verlagerung von Verwaltungs- und Organisationshandlungen auf die neue Kommunikationsebene Internet, besonders Mail-Dienste, ermöglichte der Sozietät viele Jahre ein Weiterleben auf dem bisherigen Organisationssockel. So konnte das Problem erfolgreich über die Jahrtausendwende in das nächste Jahrzehnt geschoben werden. Aber hier wurde es immer drängender. Das Zurückbleiben des Organisationshintergrunds, der materiellen und finanziellen Basis der Sozietät und ihres Managements hinter der Entwicklung der wissenschaftlichen Tätigkeit, drohte zu einem ernsthaften Hindernis für die weitere Ausdehnung der wissenschaftlichen Aktivitäten der Sozietät zu werden.

Hier spielen viele Gründe eine Rolle. Ein Aspekt dieses Problems ist die veränderte Motivation der Mitglieder. Beklagt wird heute, dass das Bestreben der Mitglieder, selbst zur Erhaltung der Sozietät beizutragen und Organisationsverantwortung zu übernehmen, signifikant schwächer wurde. In der ersten und zweiten Generation war es üblich, dass man sich – obzwar selten – der Sozietät anbot für eine Tätigkeit zugunsten der Sozietät, ehrenamtlich und selbstlos und unter Zurückstellung der eigenen wissenschaftlichen Ambitionen. Das ist heute nur in besonderen Glücksfällen anzutreffen. Offensichtlich

ist, dass dieses Modell eines totalen ehrenamtlichen Engagements von wenigen Mitgliedern als Basis der Existenzsicherung heute, zu Beginn des zweiten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts, brüchig geworden ist und auch nicht mehr dem allgemeinen Zeitverständnis entspricht. Der natürliche Abgang der bisherigen Träger dieses Modells kann immer schwerer ersetzt werden.

Aber selbst wenn das Modell noch eine Weile hält und für bestimmte Geschäftsfelder halten muss, hat man doch davon auszugehen, dass einige Geschäftsfelder nicht mehr durch Laienarbeit und ohne Mitteleinsatz auszufüllen sind. Die Ersetzung bisheriger Laienarbeit durch professionelle und damit in der Regel geldwerte Arbeit drängt zwingend in den Vordergrund. Es war bereits vorher auf einigen Feldern unumgänglich, externe Dienstleistungen einzukaufen – bei Publikationen, technische Gestaltung (Layout und Druck) von Sitzungsberichten und bei Leibniz intern, im Versandgeschäft und Catering, neuerdings bei der Internet-Präsentation. Es ergreift immer mehr auch die verwaltungstechnischen Arbeiten, die allgemeine Geschäftstätigkeit und Büroarbeiten, die zum Teil bereits durch Dritte erledigt werden. Mit Unbehagen muss man eine wachsende Fehlerquote im Verwaltungsbereich der Sozietät sehen, die zweifellos auf zu geringe professionelle Mitwirkung zurückzuführen ist.³⁷

In summa bedeutet dies: Die Defizite im Sockelbereich behindern die Fortentwicklung der Sozietät als Gesamtorganismus und damit letztlich auch die Entwicklung des wissenschaftlichen Potenzials.

Für die Unausrottbarkeit – um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen – ergeben sich daraus eine Menge Fragen. Sie sind nicht Sache dieses Vortrags, sondern der Führungsgremien der Sozietät, die für die ganze Organisation Verantwortung tragen, für den wissenschaftlichen Teil wie für den Sockel. Sie hängen in hohem Maße von den Zukunftsvorstellungen der Sozietät ab. Eine Zukunftsoption dazu ist die weitere wissenschaftliche Expansion, so unbestimmt ihre Voraussetzungen und so ungewiss ihre Aussichten auch sind. Fühlt sich die Sozietät in der Lage, den wissenschaftlichen Höhenflug fortzusetzen, wird sie sowohl ihre Basisvoraussetzungen als auch ihre Berührungsflächen mit der Community und der Gesellschaft darauf einzu-

37 Zum Verständnis: Laienarbeit ist nicht identisch mit ehrenamtlicher Arbeit, ebenso wenig schließt professionelle Arbeit Ehrenamtlichkeit aus. Hier geht es um das Niveau der zu leistenden Arbeit, laienhaftes Verständnis reicht schon lange nicht mehr aus. Redaktionelle Arbeit oder die Führung eines Web-Portals oder das buchhalterische Geschehen z.B. benötigen professionelle Voraussetzungen und sind keine home-made-Angelegenheiten, Organisationen ähnlicher Größe und Ambition, die ohne hauptamtliche/professionelle Lenkungs- und Verwaltungsorgane auskommen, dürften außerordentlich selten sein.

stellen haben. Dazu gehört in jedem Fall ein anderes Konzept der Mittlererlangung, eines, das eine hauptamtliche Geschäftsführung möglich macht, die ihrerseits erst den Spielraum schafft, um einem strategischen Denken und Handeln Vorrang zu geben vor den Sorgen des wissenschaftlichen Alltags. Das wird auch helfen, die gegenwärtige Abstinenz gegenüber der Wissenschaftspolitik in Deutschland und gegenüber den anderen Wissenschaftsakademien, zu denen die Sozietät sich ja zählt, zu lockern. Eine strategisch orientierte Kontaktpflege zur Community wäre sicherlich nützlich.

Die im Augenblick bevorzugte Option der Zukunftsvorstellung ist die einer linearen Weiter-so-Politik, die darauf gerichtet ist, die Gegenwart und den nächsten Schritt zu sichern, aber keine Antwort gibt auf spätere Unausrottbarkeit. Sie schließt einen hohen Anteil spontaner Reaktion auf die uns entgegen tretenden Umstände ein und wartet darauf, an die Grenzen des gegenwärtigen Modus zu stoßen – sie ist zum Teil schon dort angekommen. Aktuell können wir auf eine Reihe von verdienstvollen, geradezu glanzvollen Veranstaltungen und Konferenzen verweisen. Aber es ist, wie ich fürchte, eine glanzvolle Balance auf dünnem Seil. Nach 20 Jahren ist es angebracht, neu zu fragen, welche Umstände wir heute brauchen, um unausrottbar zu sein und wie wir in zehn Jahren aussehen wollen.

*

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der Sozietät Wolfgang Küttler, Wolfgang Eichhorn, Walter Schmidt und Ulrich Hofmann, die mir die Möglichkeit gaben, mit ihnen zu diskutieren. Ihre Bemerkungen und Hinweise waren wertvolle Ergänzungen und sind im Text verarbeitet.

Literatur:

- Bartz 2007: Bartz, Olaf: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957 – 2007. Steiner Verlag Stuttgart 2007
- Brandt 2003: Brandt, Götz: Die Abwicklung der Bauakademie der DDR 1989 – 1991. Dokumentation aus eigenem Erleben. trafo-verlag dr. wolfgang weist Berlin 2003 (=Abhandlungen der Leibniz-Sozietät Band 14)
- Einigungsvertrag 1990: Der Vertrag zur deutschen Einheit. Ausgewählte Texte, Insel Verlag Frankfurt und Leipzig 1990
- Jahrbuch 1994: Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW). Akademie-Verlag Berlin 1994

- Klar 2005: Klar, Richard: Zur Entstehung und zum Verständnis von Art. 38 Abs. 2 des Einigungsvertrages. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 81(2005), S. 85- 98.
- Klinkmann/Wöltge 1999: Klinkmann, Horst; Wöltge, Herbert: 1992 – das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992. trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1999. (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät: Bd 2)
- Kuntsche 2011: Kuntsche, Siegfried: Die AdL im Umbruch 1989/90 – Reform, Transformation und Auflösung. In: Thünen-Jahrbuch, hrsg. von Martin Buchsteiner und Antje Strahl, Bd. 6, Rostock 2011
- Rapoport 1994: Rapoport, Samuel Mitja: Rede zum Leibniz-Tag am 1. Juli 1993. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 1(1994)1/2, S. 119-124
- Stucke 2010: Stucke, Andreas: Staatliche Akteure in der Wissenschaftspolitik. In: Simon, Dagmar; Knie, Andreas; Hornbostel, Stefan: Handbuch Wissenschaftspolitik. Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2010, S. 363-375
- Wöltge 1995: Wöltge, Herbert: Die unausrottbare societates. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 8(1995)8/9, S. 149 ff.
- Wöltge 2010: Glossar: Gelehrtensozietät. In: Leibniz intern Nr. 49 vom 1. Dezember 2010
- Wöltge 2011: Wöltge, Herbert: Die ersten Jahre. Bemerkungen zur Geschichte der Leibniz-Sozietät. Leibniz intern spezial vom 15.12.2011